



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Tatsächliche Unterstützung von privaten Haushalten angesichts steigender Energiepreise!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die grüne Energiewende gescheitert ist und die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung aufgrund der Energiepolitik der vergangenen zwanzig Jahre von Bund und Freistaat in hohem Maße gefährdet ist. Der Landtag bedauert, dass die Staatsregierung bei der Umsetzung des Beschlusses auf Drs. 18/22865 keinerlei Erfolge erzielen konnte. Denn auch Ende Juni 2022 ist der Weiterbetrieb von betriebsfähigen Kernkraftwerken in Bayern rechtlich nicht möglich.

Um die Bürger umfassend zu entlasten, sind Erhöhungen steuerlicher Freibeträge, Möglichkeiten zur Steuerminderung und Abschaffung von nicht zielführenden Steuern unerlässlich. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene für tatsächliche Entlastungen der Bürger einzusetzen. Dazu zählen u. a.:

- Erhöhung des Grundfreibetrags auf 12.600 Euro, rückwirkend ab dem 1. Januar 2022
- Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags auf 1.250 Euro bei Einzelveranlagung bzw. 2.500 Euro bei Zusammenveranlagung, rückwirkend ab dem 1. Januar 2022
- Erhöhung der Entfernungspauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer, rückwirkend ab dem 1. Januar 2022
- Abschaffung der CO₂-Steuer

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, die umweltfreundliche Nutzung der Erdgasvorkommen in Bayern zu ermöglichen und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen für Energieunternehmen zu schaffen, die in Bayern Erdgas fördern wollen.

Begründung:

Nicht nur die Energiepreise, sondern auch das allgemeine Preisniveau steigen seit Juli 2021 stetig an.^{1,2} Die Inflation belastet die Bürger zunehmend und befindet sich nach wie vor auf hohem Niveau. Die bisher von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen entlasten den Bürger kaum, da diese in ihrer Wirkung gering und in ihrer Dauer begrenzt sind. Der einseitige Fokus auf steigende Energiepreise für Endverbraucher führt in die Irre, denn steigende Energiepreise treiben – zeitlich versetzt – die Preise nahezu aller Produkte und Dienstleistungen in die Höhe. Die Privathaushalte brauchen also eine allgemeine Entlastung.

¹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/01/PD22_025_611.html

² <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Publikationen/Energiepreise/energiepreisentwicklung-pdf-5619001.html>

Die Einführung einer neuen und regelmäßigen Unterstützungsleistung, um ausschließlich steigende Energiepreise abzumildern, ist absurd. Abseits von Unschärfen in der Definition – was ist ein außergewöhnlich hohes Niveau? – ist auch die damit entstehende Bürokratie und die automatische Zuweisung von staatlichen Leistungen abzulehnen. Die bessere Alternative zur Unterstützung der Bürger ist, diese nicht weit über Gebühr zu belasten. Daher ist unter anderem eine Erhöhung der Freibeträge, eine Erhöhung und Anwendung ab dem ersten Kilometer bei der Pendlerpauschale und vor allem die Abschaffung von nicht zielführenden Steuern, wie bspw. der CO₂-Steuer, der bessere Weg. Der steuerzahlende Bürger behält so mehr von den erarbeiteten Einkünften und wird gleichzeitig nicht dazu genötigt, an der vermeintlichen Rettung des Weltklimas mitzuwirken. Durch Abschaffung der CO₂-Steuer können die dadurch besonders betroffenen Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen vor sozialen Härten geschützt werden. Denn diese müssen einen größeren Teil ihres Einkommens für bspw. Heizung entrichten.³

Außerdem kann die Staatsregierung selbst Maßnahmen ergreifen, die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Dazu könnte diese die Nutzung der Erdgasvorkommen in Bayern ermöglichen beziehungsweise vorantreiben. Verschiedene Zeitungsberichte der vergangenen Wochen thematisieren die mögliche Förderung von Erdgas in Bayern und untermauern, dass der politische Wille für diese sinnvollen, machbaren und mittlerweile nötigen Vorhaben nicht vorhanden ist. Bei steigenden Rohstoff- und Energiepreisen wird die heimische Gasförderung zudem zunehmend wirtschaftlich attraktiver.⁴ Dazu müsste die Staatsregierung sich klar zur heimischen Gasförderung bekennen und allen beteiligten Akteuren, von den Gemeinden bis hin zu den Unternehmen, politische Rückendeckung geben.⁵

³ <https://www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/wie-fair-ist-die-energiewende-verteilungswirkungen-der>

⁴ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/gasversorgung-der-traum-vom-bayerischen-foerderfeld,T9TshLY>

⁵ <https://www.welt.de/wirtschaft/plus239529901/Erdgas-Aus-Angst-vor-Protest-gefaehrdet-die-Politik-die-Versorgungssicherheit.html>